

REFORM DER SCHULDENBREMSE

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Mustafa Güngör in der Aktuellen Stunde: „Nach vorne schauen: Neue Bundesregierung bei Kommunalfinzen in die Pflicht nehmen“

Bremische Bürgerschaft, 26. Februar 2025

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

Laut Deutschem Städtetag kann in diesem Jahr fast keine deutsche Stadt mehr einen echten ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Die Kommunen sind am Limit. Egal ob Brücken, Straßen, kommunale Kliniken, Schulen und Kitas oder auch Häfen: In den wohlhabenden Städten fehlt das Geld genauso wie in Bremen und Bremerhaven.

Die Forderungen des Städtetags an die zukünftige Bundesregierung sind daher nachvollziehbar:

- Ein höherer Anteil an den Gemeinschaftssteuern
- Keine zusätzlichen Aufgaben, die nicht ausfinanziert sind
- Keine steuerpolitischen Entscheidungen, die zu Einnahmeausfällen bei den Kommunen führen
- Feste Budgets statt komplizierter Förderprogramme

Aber die wichtigste Forderung an die zukünftige Bundesregierung ist sicherlich jene, die Schuldenbremse endlich auf den Prüfstand zu stellen, meine Damen und Herren!

Und diese Forderung hat bei uns hier in Bremen und Bremerhaven einen besonders faden Beigeschmack. Denn wir hier in Bremen, wir haben eine besonders strenge Schuldenbremse. Eine Schuldenbremse, die auch den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven die Kreditaufnahme untersagt. Eine Schuldenbremse, die uns jener Handlungsspielräume beraubt, die andere Städte in Deutschland immer noch haben.

Meine Damen und Herren, vor ziemlich genau drei Monaten lud ich daher die Vorsitzenden der Fraktionen von CDU, Grünen und Linken zu einem gemeinsamen Treffen zur Schuldenbremse ein.

Mein Ziel war eine interfraktionelle Verständigung zu der Frage, wie wir hier in Bremen ideologiefrei und einvernehmlich eine Lösung im Interesse unseres Landes und unserer zwei Städte finden können. Eine Lösung, die uns Zukunftsinvestitionen ermöglicht und unser Land voranbringt:

Mit einer Reform der Bremer Schuldenbremse, auf die sich CDU, Grüne, Linke und SPD gemeinsam verständigen!

Denn klar ist doch: Wir nehmen auch mit Schuldenbremse Kredite auf – über die Erklärung der Notlage, über das Sondervermögen für die klimaneutrale Transformation und über finanzielle Transaktionen mit der Gründung von Gesellschaften. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch kein Dauerzustand. Das erschwert eine langfristige Planung. Das ist Flickschusterei. Und deshalb brauchen wir hier eine Reform!

Meine Damen und Herren, leider ist ein solches Treffen zur Schuldenbremse zu meinem großen Bedauern im anlaufenden Bundestagswahlkampf an der CDU-Fraktion gescheitert. Nachdem Herr Imhoff zunächst Interesse signalisiert hatte, machte er doch noch einen Rückzieher. Er sah plötzlich „aktuell keinen Anlass für ein Gespräch“ zur Schuldenbremse.

Aber verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun ist der Wahlkampf vorbei. Die CDU hat diese Wahl klar gewonnen – herzlichen Glückwunsch dazu. Aber Herr Merz in Berlin weiß nun leider nicht mehr genau, was er will: Erst hieß es, er will die Schuldenbremse noch im alten Bundestag reformieren. Dann sagte er, er will die Schuldenbremse doch erst einmal nicht anfassen. Den aktuellen Stand seiner Positionsfindung kenne ich nicht. Das wechselt anscheinend stündlich. Und ich muss sagen: Verantwortungsvolle Führung sieht sicherlich anders aus, meine Damen und Herren!

Aber in Anbetracht der neuen Diskussion im Bund wiederhole ich hier heute mein Gesprächsangebot an Sie, verehrter Kollege Imhoff:

Lassen Sie uns im Lichte der desolaten Lage aller Städte in Deutschland anerkennen, dass wir dringend eine Reform unserer Schuldenbremse brauchen – im Bund, aber insbesondere auch in Bremen! Lassen Sie uns gemeinsam mit Grünen und Linken über die Möglichkeiten einer Reform der Schuldenbremse sprechen – im Interesse unserer beiden Städte! Und lassen sie uns so verhindern, dass Bremen und Bremerhaven weiter aufgrund falsch verstandener Sparsamkeit an wichtigen Zukunftsinvestitionen gehindert werden!

Was wir brauchen, verehrte Damen und Herren, das ist Pragmatismus. Was wir nicht brauchen, das sind ideologische Denkverbote. Das gilt eigentlich immer. Es gilt aber insbesondere in diesen schwierigen Zeiten, in denen diese Investitionsbremse unseren Kommunen Bremen und Bremerhaven die Luft zum Atmen nimmt.

Vielen Dank.

PRESSEKONTAKT

Andreas Reißig

Telefon: 0421 33 67 77

E-Mail: andreas.reissig@spd-fraktion-bremen.de